

von
Manuel
Schmitz

Die Europäische Union und Indonesien

Brüssel und Jakarta verharren in freundlicher Distanz

Der Autor ist Politikwissenschaftler. Er unterrichtet an der Universität Trier, lebt in Brüssel und forscht zu Indonesien.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Indonesien lassen sich in zwei Worten zusammenfassen: freundliche Distanz. Brüssel und Jakarta interagieren in einer Vielzahl von Politikbereichen, jedoch ist die Intensität der Interaktionen eher gering. Während andere asiatische Staaten wie die Volksrepublik China oder Südkorea offiziell als *Strategische Partner* hofiert werden, sind die EU und Indonesien nur durch ein Partnerschaftsabkommen verbunden, das auch vier Jahre nach seiner Unterzeichnung noch immer nicht von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert ist.

Dabei müsste Indonesien eigentlich ein Traumpartner für die EU sein: Das Land besitzt die größte muslimische Mehrheitsbevölkerung der Welt und ist dennoch (zumindest erstaunt dies viele in Europas Hauptstadt) eine Demokratie. Zudem wächst die indonesische Wirtschaft von 240 Millionen Konsumenten trotz der anhaltenden globalen Wirtschaftskrise seit Jahren um etwa sechs Prozent. Darüber hinaus kommt dem Land die Rolle eines *primus inter pares* im südostasiatischen Staatenbund ASEAN zu, und es ist Mitglied der G20.

Zentrale der EU Kommission
Foto: Manuel Schmitz



Angesichts dieser langen und keineswegs erschöpfenden Liste ist es erstaunlich, dass die Beziehungen nicht enger sind. Was sind die Gründe für die Distanz? Warum rücken die beiden Akteure auf der globalen Bühne nicht näher aneinander? Und welche Anzeichen sprechen dafür, dass sich die Kooperation in Zukunft verstärken wird?

Koloniale Schatten

Zunächst ist es wichtig, die Beziehungen vor ihrem historischen Hintergrund zu sehen. Während die EU sich gerne als normative Macht, als Kraft für das Gute in der Welt sieht, hat die indonesische Seite nicht vergessen, dass Europa jahrhundertlang für koloniale Expansion stand. In Indonesien ist man weit entfernt davon, die niederländische Kolonialherrschaft nostalgisch zu betrachten. Von einer *special relationship* zwischen den Niederlanden und Indonesien, auf die die Beziehungen zwischen Brüssel und Jakarta aufbauen könnten, kann nicht gesprochen werden. Im Gegenteil: Angesichts der kolonialen Erfahrungen begegnet man in Jakarta der europäischen Rhetorik von einer normativen Außenpolitik mit Skepsis, denn das erinnert dann doch schnell an die »ethische Politik« (*Ethische Politiek*) der ehemaligen Kolonialherren.

Die koloniale Vergangenheit erklärt zumindest teilweise, warum indonesische Regierungen großen Wert auf nationale Souveränität legen. Nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft möchte man sein Schicksal selbst bestimmen und verbittet sich eine zu starke Einmischung in »Innere Angelegenheiten«. Indonesiens demokratische Wandlung in der Post-Suharto-Zeit erleichtert sicherlich die Auseinandersetzungen zwischen Brüssel und Jakarta über Themen wie Menschen- und Minderheitenrechte, allerdings gibt es immer noch eine Reihe von sensiblen Themen: die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der Suharto-Jahre (die Pogrome der sechziger Jahre, Osttimor), die Diskriminierung religiöser Minderheiten, das harte Vorgehen gegen Unabhängigkeitsbefürworter in West-Papua, die Marginalisierung indigener Gruppen etc.

Die Konfliktlinien verlaufen in diesen Fällen aber oftmals nicht zwischen Europäern und Indonesiern, sondern zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Europa und Indonesien auf der einen und indonesischen Regierungsvertretern auf der anderen Seite. Europäische Institutionen (wie die Kommission oder der Auswärtige Dienst) finden sich hier häufig zwischen den Stühlen. Einerseits sind sie bemüht,

die Anliegen der vielgelobten Zivilgesellschaft ernst zu nehmen, andererseits darauf bedacht, diplomatische Verstimmungen zu vermeiden.

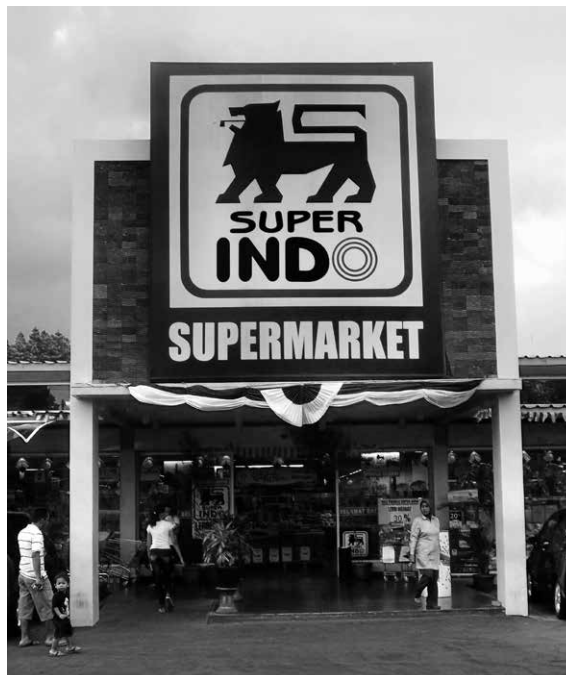
Muslimische Demokratie

Wenn europäische Entscheidungsträger in Kommission und Parlament von Indonesien sprechen, dann werden jedoch zumeist die positiven Aspekte des politischen Systems Indonesiens betont, die Mängel und Schwachstellen im politischen Betrieb des Inselstaates erfahren weniger Aufmerksamkeit. Man möchte Indonesien gerne als Modell einer toleranten und demokratischen muslimischen Gesellschaft sehen (siehe auch *südostasien*, März 2007). Erst im Juni diesen Jahres fand beispielsweise unter dem Titel »Diversity and Multiculturalism: The Indonesian Story« eine Veranstaltung im Europäischen Parlament statt, in der es um die Frage ging, wie sich »Einheit in der Vielfalt« (ein Leitbild, das die EU und Indonesien teilen) verwirklichen lässt. Allerdings fehlte es bei dieser Gelegenheit an kritischen Stimmen an der indonesischen »Erfolgsgeschichte«.

Beide Seiten sind daran interessiert, den *Interfaith Dialogue* zwischen Indonesien und Europa voranzutreiben. So sehr ein Dialog zwischen den Religionen zu begrüßen ist, so ist doch auch zu fragen, ob die Erwartungen nicht zu hoch gesteckt sind. Europa erhofft sich eine Leuchtturmfunktion von Indonesien für die globale muslimische Gemeinschaft, übersieht jedoch, dass Indonesien an der Peripherie der muslimischen Welt liegt. Es ist kein Land, auf das sich die Augen der Muslime weltweit richten. Für einen Leuchtturm ist seine Ausstrahlungskraft zu gering. Indonesien auf der anderen Seite erkennt nicht, dass Religion für die meisten Europäer eine immer geringere Rolle spielt, Religionsfragen also der falsche Fokus für den interkulturellen Dialog sein könnten. Die Gräben zwischen Nicht-religiösen und Religiösen dürften aber schwerer zu überwinden sein als die zwischen Gläubigen verschiedener Religionen. Negative Religionsfreiheit, also die Freiheit, auch ohne Glaubensbekenntnis leben zu können, ist jedoch bisher kein Thema in den europäisch-indonesischen Gesprächen.

Wirtschaftsbeziehungen

Während Religion seit über zehn Jahren fester Bestandteil der Interaktionen zwischen Brüssel und Jakarta ist, rückte ein anderes Thema in den letzten Jahren verstärkt in den Vordergrund: die Wirtschaft. Der Grund ist offensichtlich: Indonesiens Wirtschaft wächst, jene Europas steckt in der Krise. Die EU sucht den Anschluss an Wachstumsmärkte und strebt danach, aus der Misere heraus zu exportieren. Indo-



Indonesischer Supermarkt
Foto: Manuel Schmitz

nesien mit 240 Millionen Konsumenten und einer wachsenden Mittelschicht muss daher das Interesse Brüssels wecken. Tatsächlich ist EU-Handelskommissar Karel de Gucht innerhalb der Kommission eine treibende Kraft eines verstärkten Annäherungskurses.

Bereits heute sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Indonesien umfangreich. Im Jahr 2012 wurden Waren im Wert von 25 Milliarden Euro zwischen den beiden Märkten gehandelt, und über 700 europäische Firmen, deren Gesamtinvestitionsvolumen sich auf über 60 Milliarden US-Dollar belaufen soll, sind in Indonesien vertreten. Auf der Liste der indonesischen Handelspartner liegt die EU auf Platz vier hinter Japan, China und Singapur. Für die EU ist Indonesien hingegen noch von weitaus geringerer Bedeutung: Das Land nimmt hier nur Platz 29 ein. Auf der rhetorischen Ebene sind sich beide Partner bereits einig, die Beziehungen zu

Koloniale Schatten in Jakarta
Foto: Michael Stoll





Abgeholzter
Regenwald auf
Sumatra
Foto: Wakx/
Flickr

intensivieren. Da das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der ASEAN seit Jahren auf Eis liegt, soll ein bilaterales *Comprehensive Economic Partnership Agreement* (CEPA) den Weg hierzu ebnen.

Die Konsultationen – nicht die offiziellen Verhandlungen – zu CEPA haben begonnen; eine gemeinsame Expertenkommission hat bereits Vorschläge erarbeitet. Allerdings sind schnelle Verhandlungen nicht zu erwarten. Auf der indonesischen Seite gibt es starke Vorbehalte gegen Freihandelsabkommen. Das Bedürfnis, vor dem freien Spiel der Kräfte des Weltmarkts beschützt zu werden, ist in vielen Teilen der Gesellschaft stark ausgeprägt. Kritiker sprechen von einer Tradition des ökonomischen Nationalismus, die den Wirtschaftsinteressen des Landes widerspreche. Andere Kommentatoren weisen hingegen auf die ökonomischen Asymmetrien zwischen der EU und Indonesien und die Frage, ob Indonesien unter diesen Bedingungen einen fairen Deal erwarten kann.

Indonesiens Wälder

In einem anderen Bereich hat die Kooperation bereits konkrete Formen angenommen: dem Umweltschutz. 2011 einigten sich Brüssel und Jakarta auf ein Abkommen zum Waldschutz, das offiziell den

etwas komplizierten Namen *Forest Law Enforcement Trade – Voluntary Partnership Agreement* (FLET-VPA) trägt. Was verbirgt sich dahinter? Die Vereinbarung zielt auf eine bessere Regierungsführung im Forstsektor ab. Durch ein neues Genehmigungsverfahren soll sichergestellt werden, dass nur legal geschlagenes Holz den Weg auf den europäischen Markt findet. Indonesien verpflichtet sich, ein Lizenzierungssystem nach europäischen Wünschen einzurichten, und erhält im Gegenzug privilegierten Marktzugang zur EU.

Beide Seiten verbinden mit dem Abkommen die Hoffnung, den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen. Indonesien verfügt über die drittgrößten Regenwaldgebiete weltweit, weist aber auch eine der höchsten Entwaldungsraten auf. In den letzten Jahrzehnten verlor das Land nach Schätzungen jährlich zwischen 500.000 und 1,5 Millionen Hektar Wald, wobei in den letzten Jahren wahrscheinlich 40 Prozent des Holzes illegal geschlagen wurde. Allerdings sollte auch betont werden, dass illegaler Holzeinschlag keineswegs allein für die Entwaldung verantwortlich gemacht werden kann. Die legale Umwandlung von Regenwaldgebieten, zum Beispiel in Palmölplantagen, ist ein ebenso großes Problem.

Das Abkommen, das noch nicht in Kraft ist, kann als erster Schritt einer engeren Kooperation im Umweltschutz zwischen beiden Partnern gesehen werden. Zu begrüßen ist insbesondere, dass zivilgesellschaftliche Akteure in die Verhandlungen eingebunden waren, und dass die Reformkräfte innerhalb des indonesischen Forstministeriums eine Aufwertung erfuhren. Allerdings sollte auch angemerkt werden, dass die indonesische Regierung eher aus ökonomischen als aus ökologischen Motiven handelte. Solange Jakarta an der Förderung der Palmölindustrie festhält (das Land dominiert bereits jetzt zusammen mit Malaysia die Weltproduktion), bleiben Indonesiens Regenwälder gefährdet.

Fazit

Es geht voran in den Beziehungen zwischen der EU und Indonesien – aber langsam. Wurde Indonesien nach seinen demokratischen Reformen Ende der 1990er Jahre kaum Aufmerksamkeit in Brüssel zuteil, so steht der Inselstaat heute zumindest auf der außenpolitischen Agenda – wenn auch nicht besonders weit oben. Auf den ersten Blick scheinen sich Interessen und Werte zu treffen, bei genauerem Hinsehen fallen jedoch die unterschiedlichen Interpretationen der politischen Konzepte (Souveränität, Demokratie, Religionsfreiheit, Freihandel, Umweltschutz) auf. Man benutzt die gleichen Begriffe und meint doch oft Verschiedenes. Nur eine Intensivierung des Dialogs kann dies ändern. Noch verharren beide Akteure jedoch in freundlicher Distanz.